



HESSISCHER LANDTAG

05. 03. 2015

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Stromtrasse SuedLink für Erfolg der Energiewende voranbringen und Transparenz im Verfahren zur Festlegung des Trassenverlaufs sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Bau der Stromtrasse SuedLink für den Erfolg der Energiewende in Deutschland und Hessen von hoher Bedeutung ist. Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebes wurden durch den Bundesgesetzgeber im Gesetz über den Bundesbedarfsplan (BBPlG) festgelegt.
2. Der Landtag unterstützt die Bundesnetzagentur in ihrer Forderung für mehr Transparenz bei der Festlegung des Trassenkorridors. Der Vorhabenträger TenneT TSO GmbH ist insbesondere aufgefordert, die methodische Herleitung des Vorzugskorridors sowie der weiträumigen Alternativen nachvollziehbar darzulegen und deutlich zu machen, weshalb der Vorzugskorridor "Mitte-West" raum- und umweltverträglicher ist als die Alternativtrassen "West", "Mitte" und "Ost". Der Landtag stellt fest, dass mit den Nachforderungen der Bundesnetzagentur keine eigene neuerliche Überprüfung des grundsätzlichen energiewirtschaftlichen Bedarfs der beiden SuedLink-Vorhaben "Wilster - Grafenrheinfeld" und "Brunsbüttel - Großgartach" verbunden ist.
3. Der Landtag betont, dass eine jährliche Bedarfsüberprüfung zentraler Bestandteil der Stromnetzausbauplanung in Deutschland ist. Für diese Überprüfung sind bei Vorlage des Netzentwicklungsplanes alle Berechnungsgrundlagen hinsichtlich des zukünftigen Stromflusses in Verbindung mit den einzelnen Netzausbauvorhaben offenzulegen. Neben den Fachleuten der Bundesnetzagentur sind auch unabhängige wissenschaftliche Institute an der Bedarfsprüfung beteiligt. Um ein noch transparenteres Verfahren zu ermöglichen, muss auch die Öffentlichkeit an dieser Bedarfsprüfung über die bereits bestehende Möglichkeiten hinaus beteiligt werden, damit auch dieser externe Sachverstand umfassend in den Planungsprozess einfließen kann. Eine transparente und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Bedarfsanalyse für den Stromnetzausbau ist für eine bürgernahe Energiewende unerlässlich.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, beim Netzausbau ihr Engagement für ein transparentes Verfahren und eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger fortzusetzen. Er sieht in den Veranstaltungen, die von einem unabhängigen Träger, wie beispielsweise der Deutschen Umwelthilfe e.V., durchgeführt werden, eine gute Möglichkeit, den Informationsstand der Beteiligten, die Transparenz des Planungsprozesses sowie die Bereitschaft zur Beteiligung zu erhöhen. Der Landtag sieht aber auch den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel (SPD), in der Pflicht, seinen Einfluss auf die Vorhabenträger und die Bundesnetzagentur als zuständige Planungs- und Genehmigungsbehörde zu nutzen, um so ein transparentes und bürgernahes Bundesfachplanungsverfahren, wie es im Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vorgesehen ist, sicherzustellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. März 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn